

Interview mit Christian Hirte

**„Der Osten braucht einen Anwalt,
und der will ich sein“**

Teil 2: Interview mit dem neuen Ostbeauftragten Christian Hirte

Der Osten braucht einen Anwalt, und der will ich sein

Die neue Bundesregierung hat Christian Hirte zum Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer ernannt. Im Interview mit dem dbb regionalmagazin erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie aus Thüringen, wie er seine Aufgabe sieht und welche Rolle der öffentliche Dienst für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland spielt.

regional magazin: In Brandenburg und Thüringen wurde in den vergangenen Monaten über Kommunal-, Gebiets- und Verwaltungsreformen gestritten. Sind „schlankere“ Strukturen die logische Folge der sinkenden Bevölkerungszahlen oder die Flucht des Staates aus der Fläche?

Als Thüringer habe ich diese Debatten vor Ort intensiv erlebt. Ich möchte die Entscheidungen in den einzelnen Ländern gar nicht bewerten, weil jeder für seine Position gute Gründe vorbringen kann.

Ich selbst bin bis heute Mitglied des Kreistages im Wartburgkreis. Und aus diesen Erfahrungen muss ich sagen, dass Strukturen, die nah an den Menschen sind, viele Vorteile bieten. Deshalb sollten wir das nicht allein danach bewerten, was vielleicht ein paar Euro einspart, sondern es geht bei Strukturen letztlich darum, wie sichtbar der Staat am Ende vor Ort ist. Ein Erfolgsgeheimnis der Bayern ist vielleicht, dass sie sich immer für Nähe ausgesprochen haben.

■ „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kommune die Keimzelle des politischen und gesellschaftlichen Lebens ist.“

Schlankere Strukturen, die mit Bürokratieabbau einhergehen,

sind aber natürlich sinnvoll, sie sind gut für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Digitalisierung in der Verwaltung flächendeckend Einzug hält, müssen die Leute nicht mehr zum Amt. Sie können ihre Anträge bequem vom Sofa aus einreichen und per Mail kommunizieren. Bis dahin haben wir aber noch einen weiten Weg.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kommune die Keimzelle des politischen und gesellschaftlichen Lebens ist. Daraus entsteht das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und lokaler Verantwortlichkeit. Und dafür brauchen wir einen Bürgermeister und eine Gemeindeverwaltung. Denn die kennt die lokalen Gegebenheiten am besten.

regional magazin: Wie kann eine flächendeckende staatliche Daseinsfürsorge, gerade in dünn besiedelten Gebieten, dauerhaft sichergestellt werden?

Hirte: In Ostdeutschland hat sich der demografische Wandel deutlich früher und mit größerer Dynamik entfaltet als in den westdeutschen Bundesländern. Besonders betroffen sind die ländlichen strukturschwachen Regionen, die es schwer haben, aus eigener Kraft die Versorgung der Einwohner mit öffentlichen Leistungen sicherzustellen.

Wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes erreichen wollen, dann brauchen wir einen engen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen. Deswegen richtet die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ein, die sich insbesondere mit den Fragen der flächendeckenden Daseinsvorsorge befasst und konkrete Vorschläge entwickeln soll. Die Erfahrungen

der ostdeutschen Länder können dabei einen wichtigen Input geben.

regional magazin: Es gibt in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst noch Unterschiede zwischen Ost und West. Müsste der Staat als Arbeitgeber nicht mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Einheitlichkeit schaffen?

Hirte: Der Bund geht als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran. Er hat nach und nach die sich aus dem TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, Anm. d. Red.) ergebenden Arbeitsbedingungen angeglichen. Die vom TVöD umfassten Beschäftigten des Bundes haben die gleichen Regelungen



> Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

© Jan Kopetzky / BMWi

zum Entgelt, zur Arbeitszeit und zum Urlaub. 2016 wurde als letzter Schritt dieser Vereinheitlichung die schrittweise Angleichung der Jahressonderzahlung vereinbart.

■ „Gleich zu Beginn der Regierungsarbeit wird ein klares Signal für den Osten gesetzt, das ist eine gute Nachricht.“

Wir sollten auch nicht vergessen, dass es derzeit noch die Privilegierung der ostdeutschen Angestellten durch die Höherwertung in der Rente gibt. Es existieren nur wenige

Regelungen, in denen günstigere Sonderregelungen aus dem BAT im Tarifgebiet West weitergeführt werden. Diese sind aber praktisch ohne größere Relevanz.

regional magazin: Ein Thema ist auch immer wieder die gleichmäßige Ansiedlung von Bundesbehörden in den Ländern. Brauchen wir mehr Verwaltungsstandorte im Osten? Und müssten dafür gegebenenfalls Behörden umziehen?

Hirte: Der Beschluss der Bundesregierung von 1992 zur Ansiedlung von Bundesbehörden

muss weiter ernst genommen werden. Hierzu habe ich alle Kabinettsmitglieder angeschrieben. Wir haben insbesondere in Thüringen und Sachsen, aber auch insgesamt in den ostdeutschen Flächenländern einen Nachholbedarf. Dieser Impuls ist gerade für den Osten ganz entscheidend.

Die Bayern haben uns im Übrigen vorgemacht, wie man mit solchen Standortentscheidungen den ländlichen Raum stärken kann. Dort wurden 650 Stellen aus Behörden in strukturschwache und ländliche Regionen verlagert.

Das Bundesverkehrsministerium hat am 20. April 2018 bekannt gegeben, dass das neue Fernstraßenbundesamt in Leipzig angesiedelt werden soll. Darüber hinaus wird die Infrastrukturgesellschaft auch Niederlassungen in Ostdeutschland einrichten. Das schafft Arbeitsplätze und setzt Wachstumsimpulse. Gleich zu Beginn der Regierungsarbeit wird ein klares Signal für den Osten gesetzt, das ist eine gute Nachricht. Meine Erwartung bleibt, dass diesem Entschluss weitere Schritte folgen. Dafür werde ich mich einsetzen. ■

Einer für Alle.



Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...

... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

Infos:
www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030. 4081 - 40
Fax: 030. 4081 - 5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

dbb
WERBEAKTION

2018

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © ?????????

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Knecht: Koalition lässt kurzfristig Worten Taten folgen

dbb m-v begrüßt Pakt für Sicherheit

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat vor knapp zwei Monaten gegenüber dem dbb mecklenburg-vorpommern (dbb m-v) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) zugesagt, zukünftig 15 Millionen Euro zusätzlich in die Innere Sicherheit investieren zu wollen. Am 17. Mai 2018 hat sie ein konkretes Maßnahmenpaket vorgestellt.

Für das Paket hatten sich zuvor auch Innenminister Lorenz Caffier sowie der Chef der CDU-Fraktion im Landtag, Vincent Kokert, stark gemacht. Bereits in diesen Gesprächen wurden Einzelmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung besprochen, die jetzt Inhalt des Paktes sind.

„Mit dem verkündeten Pakt lässt die Koalition ihren Worten Taten folgen, das darf so weitergehen“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Damit haben die Koalitionäre langjährige Forderungen des dbb erfüllt, die zur weiteren Motivationssteigerung im anspruchsvollen Beruf einer Polizistin oder eines Polizisten führen werden. Das wird in den Revieren mit Genugtuung aufgenommen werden.“

■ Zusätzliche Stellen für die Polizei

Die Polizeireviere werden demnach sukzessive um zusätzliche 132 Stellen verstärkt, um künftig grundsätzlich je Polizeirevier zwei Streifenwagenbesatzungen rund um die Uhr zu gewährleisten.

Des Weiteren werden 18 weitere Stellen zur Bewältigung der anstehenden IT-Herausforderungen geschaffen. Die Zahl der Stellen in der Landespolizei steigt somit in der Summe um weitere 150 Stellen auf dann insgesamt 6 200 Stellen.

■ Zulagen

Die Wechselschichtzulage wird von 51,13 Euro auf 150 Euro

erhöht. Die Zulage für Beamte in den Spezialeinheiten (SE-Zulage) wird von 153,93 Euro auf 300 Euro erhöht.

Für Beamte in der BFE (Beweissicherungs- und Festnahme-einheit des Landesbereitschaftspolizeiamtes), Beamte der ZOE (zivile Observations- und Ermittlungsgruppe der Kriminalpolizeiinspektionen der Polizeipräsidien) und Beamte der MAEX (mobile Aufklärung Extremismus) wird eine Spezialkräftezulage in Höhe von 150 Euro geschaffen.

Für Beamte im Bereich der Sachbearbeitung Kinderpornografie wird eine Zulage in Höhe von 100 Euro geschaffen. Für Beamte als Diensthundeführer wird eine Zulage in Höhe von 75 Euro geschaffen.

■ Weitere Maßnahmen

Zur Verbesserung der Beförderungssituation wird ein Stellenhebungs- und Beförderungsprogramm vereinbart.

Alle neu eingerichteten zusätzlichen 150 Stellen werden in der Wertigkeit A 10 BBesO ausgebracht. Das politische Ziel besteht darin, dass grundsätzlich jede Polizeivollzugsbeamtin und jeder Polizeivollzugsbeamte der Laufbahngruppe 1, bei zuverlässiger Dienstdurchführung, in der Berufskarriere das Endamt seiner Laufbahn erreichen kann.

Es erfolgt eine Hebung um je 15 Stellen nach A 12 und A 11 (aus A 9) für die Landespolizei.

■ Knecht: Hoffentlich nur der Anfang

„Mit alldem ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der Inneren Sicherheit und für das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger getan. Vor allem aber wertschätzt der Koalitionsbeschluss das Bestandspersonal, das seit Jahren den Buckel für die Sicherheit hält, und dient darüber hinaus dazu, dass das Interesse bei jungen Menschen im Land geweckt wird, sich für einen Job bei der Polizei zu bewerben“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Allerdings machte der dbb m-v auch darauf aufmerksam, dass diese Entscheidungen der Anfang eines Prozesses sein müssen, an dessen Ende auch alle anderen Bereiche der Landesverwaltung, in denen es zu wenig Personal gibt, berücksichtigt werden sollten. „Wir sehen diese ganz deutlich etwa bei der Bildung, der Justiz, den Gesundheitsämtern sowie in der Finanzverwaltung“, so Knecht.

Diese Kritik bestätigte auch der Bund der Strafvollzugsbediensteten Mecklenburg-Vorpommern (BSBD M-V). Dessen Landesvorsitzender Hans-Jürgen Papenfuß kommentierte den Beschluss der Koalitionäre mit sarkas-

tischen Worten: „Schön für die Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei MV, was seitens der Landesregierung für den Bereich Innere Sicherheit getan wird! Aber es gibt auch einen Bereich Justizvollzug und der scheint nicht zur Inneren Sicherheit zu gehören.“

Im Allgemeinen Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten werde in der Regel ebenfalls in Wechselschicht gearbeitet und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen seien für die Gewährleistung der Sicherheit, aber auch für die Behandlung von Straftätern da. Ihnen stünde ebenfalls eine Erhöhung der Wechselschichtzulage zu. Stattdessen seien die Beförderungsmöglichkeiten und die Perspektiven der beruflichen Entwicklung im Justizvollzugsdienst ausgesprochen schlecht, so Papenfuß.

Diesem Anliegen gegenüber aufgeschlossen zeigte sich der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Friedriszik. „Die SPD-Fraktion berät schon seit geraumer Zeit die Arbeitsbedingungen im Strafvollzug, dazu zählen auch Fragen wie Beförderung und Vergütung für die Bediensteten. Wir betrachten die Hinweise als wichtig für die weitere Diskussion“, so Friedriszik gegenüber dem „Nordkurier“.



© pixabay.com

dbb m-v setzt Dialog im Landtag fort

Gespräch mit SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Krüger

Am 2. Mai 2018 haben sich der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, und der Vorsitzende der SPD-Landtagfraktion, Thomas Krüger, im Schloss Schwerin, dem Sitz des Landtages, getroffen.

Themen des Gesprächs waren die geplanten Änderungen im Landesbeamtengesetz, die zunehmende Gewalt gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sowie der Bahn und der Post und die Qualitätssicherung bei öffentlichen Dienstleistungen.

Außerdem forderte Knecht erneut verbesserte Arbeitsbedingungen zur Motivation des Bestandspersonals. „Dies kann sicher auch in mehreren kleinen Schritten wie bei der Polizei erfolgen, aber es muss für die Betroffenen Licht am Ende des Tunnels erkennbar werden“, machte der dbb Landesvorsitzende deutlich. „Ich betone darüber hinaus, dass der



> SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Krüger (rechts) im Gespräch mit dbb Landeschef Dietmar Knecht.

Landtag sich – in Bezug auf den hohen Altersdurchschnitt in der öffentlichen Verwaltung

– Gedanken über eine Strategie zur Nachwuchsgewinnung machen muss.“

Thomas Krüger bekräftigte, dass die SPD-Landtagsfraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst eine hohe Wertschätzung entgegenbringe. „Uns ist bewusst, dass wir in den kommenden Jahren einiges tun müssen, um die Arbeit im öffentlichen Dienst für Nachwuchskräfte attraktiv zu machen. Daher freue ich mich sehr, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt haben, 15 Millionen Euro im Bereich der Polizei und der Justiz zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sollen damit bei der Polizei zwei Ziele verfolgt werden: Wie versprochen sollen mehr Polizisten im Streifendienst im öffentlichen Raum tätig sein. Und wir wollen, dass die Beamtinnen und Beamten, die bei Wind und Wetter auf den Straßen unterwegs sind, spürbar mehr im Portemonnaie haben.“ ■

Möglicher Betrug beim kommunalen Versorgungsverband

dbb m-v fordert schnelle Aufklärung

Wie Ende April bekannt wurde, ist es beim kommunalen Versorgungsverband Mecklenburg-Vorpommern möglicherweise zu einem Betrug gekommen. Ein Mitarbeiter soll bis zu fünf Millionen Euro auf andere Konten umgeleitet und sich abgesetzt haben.

Der kommunale Versorgungsverband MV übernimmt unter anderem die Altersversorgung der 2 200 kommunalen Beamtinnen und Beamten des Landes. „Mit Entsetzen haben die kommunalen Beamtinnen und Beamten des Landes diese Nachricht aufgenommen. Sie selbst speisen diesen Versor-

gungsfonds seit Jahren mit monatlich 0,2 Prozent ihrer Besoldung und haben im Rahmen der Besoldungs- und Versorgungsanpassung im Januar 2018 eine Verlängerung dieser Regelung bis mindestens 2022 hingenommen“, so Gerald Krause, Landesvorsitzender der Komba Gewerk-

schaft für den Kommunal- und Landesdienst, heute in Schwerin.

Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen und das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern als Rechtsaufsichtsbehörde über den kommunalen Versor-

gungsverband hat sich eingeschaltet.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht sagte: „Wir erwarten eine schnelle, lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes sowie die Abwendung finanzieller Benachteiligungen für die Betroffenen. Da scheinbar auch das Controlling des Versorgungsverbandes eklatant versagt hat, verlangen wir effektive Schutzmechanismen, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.“ ■

Personalratswahlen bei der Landespolizei

„Danke allen Wählerinnen und Wählern“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in Mecklenburg-Vorpommern (DPoIG M-V) wurde durch die Personalratswahl am 16. Mai 2018 weiter gestärkt. Olaf Knöpfen, Landesvorsitzender der DPoIG, bedankte sich für das Vertrauen: „Danke allen Wählerinnen und Wählern!“

Nach der Auszählung und ersten Ergebnissen konnte die DPoIG ihre bisherigen Sitze in den Personalvertretungen festigen und weiter ausbauen. „Wir möchten uns schon jetzt bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mit uns gemeinsam zu diesem Wahlerfolg beigetragen haben“, so Knöpfen. „Nur durch und mit Euch können wir in den nächsten vier Jahren die Personalratsarbeit im Interesse aller Kollegen mitgestalten. Deshalb

gilt unser herzliches Dankeschön allen Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen geschenkt und uns auf unserem sachlichen Weg unterstützt haben.“

Dieser Dank verbinde er mit der Versicherung, dass die Personalratsmitglieder der DPoIG auch in den nächsten vier Jahren ihre Kraft und ihr Engagement für alle Beschäftigten einsetzen. Knöpfen: „Nach der Wahl ist vor der Wahl – frei nach diesem

geflügelten Wort werden wir, die DPoIG und die Kollegen der Freien Liste, ihre Arbeit zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich fortsetzen. Gemeinschaft gewinnt. Wir sind bereit, dies zu leben.“

In den Hauptpersonalrat wurden Olaf Knöpfen, Martin Tramp und Björn Ritzmann gewählt. Über die Besetzung in den Bezirkspersonalräten und örtlichen Personalräten wolle die DPoIG in der nächsten Ausgabe des „POLIZEISPIEGELS“ informieren.

„Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die in den Wahlvorständen mitgearbeitet haben. Besonders in Rostock wurde wieder einmal gezeigt, dass Personalratsarbeit Vorrang vor gewerkschaftlichen



> Olaf Knöpfen, Landesvorsitzender der DPoIG M-V.

Zwistigkeiten hat und BDK, DPoIG und GdP wirklich gemeinsam im Sinne für die Kollegen zusammenarbeiten“, so Knöpfen. Dies könne man für das Polizeipräsidium Neubrandenburg leider nicht feststellen. „Wie schon vor vier Jahren scheinen alle Mittel recht, um Machtansprüche zu manifestieren.“

Volker Krombholz: „Danke für das große Vertrauen“

DB Regio Rostock: GDL siegt bei Betriebsratswahl

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat die Betriebsratswahlen bei DB Regio, Regionalbereich Nordost, Produktionsstandort Rostock, gewonnen und zwei Betriebsratsmandate dazugewonnen.

„Dieses eindeutige Wahlergebnis spiegelt die gute Arbeit der letzten vier Jahre zum Erhalt aller Arbeitsplätze bei Regio MV, der Schaffung über 100 neuer Arbeitsplätze im Werkbereich und zusätzlichen Neueinstellungen wider“, sagte Volker Krombholz, der alte und voraussichtlich auch der neue Betriebsratsvorsitzende. „Mein Dank gilt allen Wählerinnen und Wählern für das große Vertrauen. Dieses Mandat ist gleichzeitig ein klarer Auftrag an uns, sich weiter intensiv für die Verbesserungen der Ar-

beits- und Lebensbedingungen einzusetzen.“

Die Wahlbeteiligung lag bei über 80 Prozent. Entsprechend der Wahlniederschrift erreichte die GDL ein noch besseres Ergebnis als 2014, indem sie noch zwei Mandate hinzugewann und damit die Mehrheit im Betriebsrat eindrucksvoll behauptet. Künftig werden in dem 13-köpfigen Betriebsrat damit zehn GDL-Gewerkschafter die Interessen aller Eisenbahner der DB Regio in Mecklenburg-Vorpommern

wahrnehmen. „Dieses hervorragende Ergebnis, gepaart mit der hohen Wahlbeteiligung, bestätigt eindrucksvoll den Kurs der GDL im Bemühen, nicht locker zu lassen, auf brisante Themen aufmerksam zu machen und Verantwortlichen auch mal auf die Finger zu hauen“, so die Einschätzung von dbb Landesvorsitzendem Dietmar Knecht. „Betriebsräte sind die Schutzschilde der Beschäftigten. Ich gratuliere daher auch allen Gewählten und wünsche viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Betriebs-



> Wahlvorstandschef Gerd Krüger bei der Stimmauszählung.

ratsarbeit in den nächsten vier Jahren.“

dbb jugend

Der persönliche Kontakt zählt

Interview mit Erik Knochenhauer, 25 Jahre, Lokomotivführer DB Regio Rostock und GDL-Jugendleiter Rostock.

dbb regionalmagazin: Wie sind Sie zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) gekommen?

Erik Knochenhauer: Nachdem ich von Anfang an kritisch auf Missstände im Betrieb hingewiesen habe, fragte mich ein Betriebsratsmitglied der GDL, ob ich mich nicht in der JAV engagieren wolle. Ich habe mich aufstellen lassen und wurde 2014 als Ersatzmann in eine dreiköpfige JAV gewählt. In der zweiten Amtsperiode ab 2016 bestand die JAV nur noch aus mir und so habe ich alle Aufgaben als Einzelkämpfer allein wahrgenommen.

dbb regionalmagazin: Was konnten Sie in Ihrer Amtszeit durchsetzen?

Erik Knochenhauer: Die Azubis haben ihre Berufsschule in Berlin und es gab lange Zeit Probleme mit der Unterbringung. Erst sollten sie sich auf eigene Faust eine Unterkunft suchen, dann wieder hat das der Arbeitgeber übernommen. Es war ein ewiges, belastendes Hin und Her ohne verbindliche Regelung. Ich konnte in meiner Amtszeit dafür sorgen, dass das nun funktioniert. Jetzt haben die Azubis eine feste Unterkunft, müssen sich um nichts mehr kümmern und können sich voll auf ihre Ausbildung konzentrieren.

Ich habe mich außerdem darum bemüht, die JAV bei den Azubis bekannter zu machen. Meine Vorgänger haben sich so gut wie nie blicken lassen und



> Erik Knochenhauer bei einer Kundgebung im Rahmen der diesjährigen Einkommensrunde im März in Rostock, wo er mit engagierten Worten die Forderungen der dbb jugend m-v an die Verhandlungsführer in Potsdam formulierte.

darum kannte man die gar nicht. Heutzutage kennen wir uns alle und wissen, wo wir herkommen und was wir tun.

dbb regionalmagazin: Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Erik Knochenhauer: Meine Amtszeit wäre planmäßig im November zu Ende gewesen. Da ich aber bei den im Mai durchgeführten Betriebsratswahlen kandidiert habe und in den Betriebsrat gewählt wurde, gebe ich mein Amt ab. Ich will die neue JAV gut einarbeiten und ihnen Aufgaben ans Herz legen, die ich als Einzelperson schon allein aus zeitlichen Gründen nicht wahrnehmen konnte. So rate ich beispielsweise zu mehr Aktivitäten in der Fläche, etwa zu Werksbesuchen, da diese den Azubis in der Praxis viel bringen. Überhaupt ist der persönliche Kontakt das A und O in der JAV-Arbeit. Das gilt natürlich auch für meine zukünftige Arbeit im Betriebsrat.

Bericht des Bürgerbeauftragten

BDR kritisiert Äußerungen des Finanzministeriums

In seinem letzten Bericht ist der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch auf die Situation der Justiz eingegangen und hat dabei auf Sorgen der Bürger hinsichtlich langer Bearbeitungszeiten von Gerichtsverfahren hingewiesen.

Auf den damit verbundenen Hinweis des Bürgerbeauftragten an das Finanzministerium, dass dies eine Verbesserung der personellen Ausstattung der Justiz erforderlich machen würde, wurde seitens des Finanzministeriums geantwortet, dass die Personalausstattung der Justiz sehr gut sei. Schwierigkeiten bei der Verfahrensbearbeitung seien daher nicht auf personelle Eng-

pässe sondern auf mangelnde Organisation und Motivation der Beschäftigten zurückzuführen.

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR M-V) verwahrte sich entschieden gegen diese Herabwürdigung der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Justizbeschäftigten. Der Finanzminis-

ter verkenne offensichtlich die außerordentlichen Belastungen, die der Justiz mit Projekten wie der Gerichtsstrukturenreform, der Zentralisation aller Registersachen und der Einführung der E-Akte aufgebürdet wurden.

Die Tatsache, dass all diese Herausforderungen gemeistert wurden und auch weiterhin werden, belege vielmehr sehr

deutlich die bei den Beschäftigten der Justiz vorhandene Leistungsbereitschaft und zeige, dass derartige pauschalisierende Äußerungen vollkommen verfehlt sind.

Der BDR M-V werde in enger Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen in dieser Sache tätig bleiben, um derartig unsachliche Behauptungen richtigzustellen.

Wir trauern um ...

In Gedenken an unser Ehrenmitglied Dieter Köhler

Wir haben Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, dass unser Ehrenmitglied Dieter Köhler im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Kollege Köhler war Ehrenvorsitzender und engagiertes Mitglied der DVG Sachsen. Er war dort lange Jahre Landesvorsitzender und bis zu seinem Ableben Mitglied im geschäftsführenden Vorstand. In seiner dienstlichen Tätigkeit war Kollege Köhler vor seiner Pensionierung im Juli 2017 Oberamtsrat im Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.

Dieter Köhler gehörte außerdem bereits 1990 zu den Gründungsmitgliedern des Interessenverbandes Beam-

tenbund in der DDR. Seit der Gründung des Sächsischen Beamtenbundes als Landesbund des Deutschen Beamtenbundes im Frühjahr 1991 bis zum März 2004 war Kollege Köhler stellvertretender Landesvorsitzender des SBB. Bis Februar 2014 war er Mitglied im Landesvorstand des SBB. Für sein Engagement und seinen Einsatz für den SBB wurde Dieter Köhler zum Ehrenmitglied des SBB ernannt.

In den Gremien des SBB wurde Kollege Köhler wegen sei-

ner Fachkenntnisse, seiner Kollegialität und wegen seines besonnenen und verbindenden Wesens geschätzt und geachtet. Trotz seiner gesundheitlichen Einschränkungen sprühte er vor geistiger Frische, Witz und Charme.

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und die DVG Sachsen werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren und sprechen seiner Familie die aufrichtige Anteilnahme aus.



© DVG Sachsen

In stiller Trauer

Nannette Seidler
SBB-Landesvorsitzende

Jürgen Kretzschmar
DVG-Landesvorsitzender

SBB Jugend

Gespräch mit dem Abgeordneten Pallas

Albrecht Pallas, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, und Nils Oeser, SBB Jugend, haben am 23. Mai 2018 aktuelle Themen der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst in Sachsen besprochen.

Einigkeit bestand zwischen Pallas und Oeser, dass sachgrundlose Befristungen weder für die Bewerber attraktiv sind noch Kontinuität für Bürger in staatlichen Handlungen sicherstellen. Daher haben beide begrüßt, dass der CDU-SPD-Koalitionsausschuss vom 11. Dezember 2017 erklärt hat, sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst in Sachsen nur noch in begründeten Fällen zu nutzen.

Pallas und Oeser tauschten sich außerdem konstruktiv über die Nachwuchsgewinnung und der Ausbildungs-offensive des öffentlichen Dienstes des Freistaates aus. Als attraktiver Arbeitgeber müsse dieser neben monetären Anreizen gute Ausbildungsbedingungen und gute Karriereperspektiven bieten. Gerade für den Bereich der Ausbildung bräuchten die landesinternen Bildungseinrich-

tungen qualifizierte und motivierte Dozenten sowie moderne Unterrichts- und Wohnbedingungen.

Aus aktuellem Anlass wurde zudem das Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen“ angesprochen. Oeser betonte, dass die Notwendigkeit, dass in Sachsen Lehrer gewonnen werden, unstrittig sei. Jedoch dürften im Rahmen des Handlungsprogrammes andere vom Personalmangel betroffenen Bereiche, wie beispielsweise Personalverwaltungen oder der Bezügstellen, nicht vergessen werden.



© SBB Jugend

> Nils Oeser (links) und Albrecht Pallas beim Arbeitstreffen.

SBB Frauen

Landesfrauenkongress: „Wir machen Staat! – Frauen auf der Überholspur“

Ein Höhepunkt der diesjährigen Arbeit der SBB Frauen wird der 6. Landesfrauenkongress am 8. November 2018 in Dresden, Dorint Hotel, sein.

Der Landesfrauenkongress ist das oberste Organ der SBB Frauen. Hier werden die weiblichen Delegierten der jeweiligen Mitgliedsvereine und Mitgliedsverbände des SBB insbesondere einen neuen Vorstand wählen und über Anträge beraten und beschließen. Unter dem Motto „Wir machen Staat! – Frauen auf der Überholspur“ werden sie gemeinsam neue Weichen für die zu-

künftige Frauenarbeit der nächsten fünf Jahre stellen.

Die Arbeitswelt verändert sich und Frauen stehen im Mittelpunkt – denn noch immer liegt die Hauptlast von Familie, Kindern, Haushalt, Pflege und Beruf auf ihren Schultern. Aber es hat ein Prozess des Wandels begonnen: Viele junge Väter unterstützen heute bereits die Familie ganz selbstverständ-

lich, nehmen Elternzeiten in Anspruch und entlasten die Frauen in allen Belangen des Familienlebens. Nun ist es an den Frauen, diesen Prozess auch in die Arbeitswelt und in die Köpfe der Männer zu transportieren, damit endlich auch eine Gleichbehandlung in der beruflichen Entwicklung und der entsprechenden Entlohnung auf den Weg gebracht wird.

Gerade die zunehmende Digitalisierung eröffnet dabei neue Perspektiven, um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf besser zu koordinieren. Eine ortsungebundene und flexible Gestaltung des Arbeitsalltages wird die zukünftige Arbeitsweise bestimmen – insbesondere mit Blick auf Führungspositionen und damit Karrieremöglichkeiten. ■

BDF Sachsen

9. Sächsische Förstertag im Waldgebiet des Jahres

Am 5. Mai 2018 hat der Landesverband Sachsen des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) den 9. Sächsischen Förstertag ausgerichtet. Dieses Jahr im Wermsdorfer Wald, dem Waldgebiet des Jahres 2018.

Der BDF hat den Titel „Waldgebiet des Jahres“ im Jahr 2018 an den 5 100 Hektar großen Wermsdorfer Wald verliehen. Es ist der erste Wald im Freistaat Sachsen, der mit diesem Titel ausgezeichnet wurde.

Die Auszeichnung „Waldgebiet des Jahres“ erhalten vorbildlich und in allen Bereichen nachhaltig bewirtschaftete Ökosysteme. Bisher wurde der Titel siebenmal vergeben, zuletzt durften sich der Frankenwald (2017), der Küstenwald Usedom (2016) und der Grunewald in Berlin (2015) damit schmücken. Der Wermsdorfer Wald wurde gewählt, weil es hier in besonderer Weise gelingt, die

forstliche Nutzung in Einklang mit dem Naturschutz und dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung zu bringen.

Der BDF dankt mit dieser Auszeichnung auch den in diesem Waldgebiet tätigen Forstleuten. Sie sind es, die den tägli-

chen Spagat zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen an den Wald von und für die Region, wie zum Beispiel als Erholungswald, als Hort der biologischen Vielfalt oder Arbeitsstätte und Holzlieferant, managen und meistern.

Aber nicht nur für die Forstleute, sondern auch für die Freunde und Partner des Waldes sowie die Politiker und Bürger der Region ist eine solche Auszeichnung ein Grund zur Freude, da sie regional wie überregional auf großes Interesse stößt.

► Förstertag: Fest für alle Forstleute und Familien

Zum 9. Sächsischen Förstertag am 5. Mai waren alle Forstleute des Landes, unabhängig von der jeweiligen Verbandsmitglieds-



► „Familienfoto“ zum Förstertag

schaft und des Arbeitgebers, gemeinsam mit ihren Familien eingeladen. Besonders erfreut zeigte sich der BDF Sachsen, dass unter den Gästen die Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, Nanette Seidler, und ihre Stellvertreterin Karen Siwonja als Vertreter des Dachverbandes des BDF Sachsen waren.

Der erste Teil der Veranstaltung am Vormittag war geprägt von einer Fachexkursion. Der BDF-Landesvorsitzende Heino Wolf erklärte dabei die Problematik von Gen-Erhaltungsbeständen. So sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter seiner fachkundigen Leitung einen Traubeneichenbestand im Fasanenholz. Eine Bodengrube dokumentierte dort den Schichtenaufbau des Bodens und die damit verbundenen speziellen Schwierigkeiten.

Die eigentlich geplante Besichtigung der Roterlen am Streit-

bach wurde aus „humanitären“ Gründen abgesagt: Der dort vorhandene Mückenbestand hätte die Gruppe zu sehr zugeeignet. Stattdessen folgte ein Besuch des Stieleichenbestandes am Butterweg und dem gegenüber ein Fichtenbestand in zweiter Generation. Danach stand ein Besuch an einem Eschenbestand am Zinkernagel-Denkmal auf dem Programm. Der Forstmann Carl Zinkernagel hat sich um die Wermsdorfer Forstwirtschaft sehr verdient gemacht und war zum Beispiel mit dem Königlich-sächsischen Verdienstorden als Ritter ausgezeichnet worden. Bei den Eschen kam das Thema natürlich auch auf das Eschensterben in Europa durch den Befall durch das Falsche Weiße Stängelbecherchen, einem Pilz.

Schließlich fuhr die Gruppe zur tausendjährigen Linde nach Collm zum großen „Familienfoto“ unter diesem alten Baum (siehe Foto).

■ Besuch bei der Hubertusburg

Am Nachmittag folgte die Besichtigung von Europas größtem Jagdschloss, der „Hubertusburg“. Dort gab es eine unterhaltsame und sehr interessante „Förster-Führung“ in der barocken Residenz. Die Teilnehmenden waren von den Gebäuden und der Geschichte

sichtlich beeindruckt. So wurde hier beispielsweise 1763 der „Hubertusburger Frieden“ geschlossen und damit der Siebenjährige Krieg beendet. Die Besichtigung war damit ein gelungener Abschluss eines besonderen 9. Sächsischen Förstertages.

*Udo Mauersberger,
Geschäftsführer des BDF*

Die Wälder in Deutschland gäbe es in dieser Form ohne Forstleute nicht. Dazu braucht man nur an die Verwüstungen im Mittelalter, die weiteren Rodungen im Industriezeitalter oder die Reparationshiebe nach dem Krieg denken. Die Forstleute stehen meist im Schatten ihrer Wälder und sind deshalb in der Öffentlichkeit wenig zu sehen. Und sie sind insbesondere nach der sogenannten Verwaltungsreform in den unterschiedlichsten Bereichen tätig. Ein Teil ist beim Staat beschäftigt, ein weiterer Teil arbeitet bei den Landkreisen, wiederum ein Teil ist bei waldbesitzenden Kommunen tätig und nicht wenige verdienen bei privaten Waldbesitzern oder privaten Unternehmen beziehungsweise als Selbstständige ihre Brötchen. Umso mehr geht es uns um den Zusammenhalt und die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Auch dafür gibt es den Sächsischen Förstertag.

Lehrkräftegewinnung

Handlungsprogramm mit Handlungsbedarf!

Das Handlungsprogramm der Landesregierung zur Lehrkräftegewinnung war Thema einer Personalrätekonferenz in Dresden. Organisiert wurde sie vom Sächsischen Lehrerverband (SLV), vom Philologenverband Sachsen (PVS), dem Berufsschullehrerverband Sachsen (LVBS) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Mehr als 800 Personalräte aus ganz Sachsen reisten dazu an, um die Meinungen der Beschäftigten dem Kultusminister, weiteren Politikerinnen und Politikern sowie der Öffentlichkeit zu verdeutlichen und über Handlungsoptionen zu diskutieren. Als Vertreter der Verbände traten Jens Weichelt (SLV), Thomas Langer (PVS), Dirk Baumbach (LVBS) und Uschi Kruse (GEW) auf.

Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin und Politikwissenschaftlerin Uta Deckow.

Zu Beginn erhielt Kultusminister Christian Piwarz das Wort, um in einem halbstündigen Vortrag darzulegen, welche Intensionen zum Handlungsprogramm zur Lehrergewinnung führten und welche anstehenden Probleme auf alle Beteiligten

zukommen werden. Außerdem bezog er Stellung zur geplanten Verbeamtung eines Teils der sächsischen Lehrerschaft und den damit verbundenen Diskussionen in den Lehrerzimmern.

Piwarz stellte heraus, dass es aktuell keine Alternative zur Verbeamtung junger Kolleginnen und Kollegen gäbe, da nur so das Personalproblem gelöst werden könne. Gleichzeitig verstünde er die Bedenken jener Lehrkräfte, „die dieses System getragen und gestützt haben.“ Dabei wiederholte er im Wesentlichen die Argumente, die er bereits bei anderen Dialogveranstaltungen vorgetragen hatte. Der Kultusminister versuchte für Verständnis zu werben und steckte dabei

mehrfach die Grenzen des Handlungsprogramms ab.

■ Viel Frust bei den Beschäftigten

In der anschließenden Diskussion zeigten viele Lehrkräfte ihre Frustration, den einzelnen Wortmeldungen der anwesenden Personalräte war die Emotionalität des Themas anzukennen. Immer wieder wurde dabei kritisiert, dass die Wertschätzung für geleistete Arbeit nur in Worten, nicht aber in Taten erkennbar sei.

Das Handlungsprogramm diene ausschließlich zur Lehrergewinnung. Für Lehrkräfte, welche seit Jahren das Bildungssystem in Sachsen stützten und zudem die nun zu ver-



beamtenden Lehrkräfte ausbilden oder Seiteneinsteiger begleiten sollen, fänden sich dagegen keine konkreten entlastenden Maßnahmen, die sich auf die aktuelle Arbeitssituation auswirken könnten. Dabei hätten diese Kolleginnen und Kollegen bereits etwa seit Anfang der 90er-Jahre eine „vorübergehende“ Erhöhung der Regelstundenzahl (er)tragen und waren bei Bedarf auch jahrelang in Kurzarbeit tätig.

■ Piwarz will über Entlastung sprechen

Kultusminister Piwarz stellte in Aussicht, dass man beispielsweise

se wieder über Anrechnungsstunden sprechen könne – aber erst, wenn das Programm zur Lehrgewinnung gegriffen habe und die Personalsituation an Sachsens Schulen Freiräume eröffne. Dies könne wiederum einige Jahre dauern. Die Personalräte stellten daraufhin die Frage, was bis dahin an zusätzlichen entlastenden Maßnahmen möglich sei. Denn so sähe Wertschätzung für langjährige Arbeit nicht aus und die Lehrkräfte über 42 Jahre würden – wie so oft bereits – einmal mehr vertröstet auf spätere Zeiten. Konkrete Zusagen von Seiten des Ministers erfolgten jedoch nicht.

Die anschließende Diskussion drehte sich um finanzielle Belange wie Nettolohnausgleich oder Leistungsprämien, statt um die konkreten Aspekte der Personalräte an den Schulen im Zusammenhang mit dem Handlungsprogramm. So blieb die Veranstaltung hinter den Erwartungen vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer zurück. Ihnen blieb die Hoffnung, dass schnellstmöglich spürbare Arbeitsentlastungen an den Schulen des Freistaates Einzug halten, damit die sich anbahnende Ungleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen doch noch verhindert werden kann.

Minister Piwarz verließ zum planmäßigen Ende der Veranstaltung den Saal, da er weitere Termine wahrnehmen musste. Die Personalräte und die Vertreter der Verbände

nutzten jedoch die Gelegenheit für eine weitere Aussprache. Dabei wies Dirk Baumbach (LVBS) auch darauf hin, dass das Handlungsprogramm im Wesentlichen ohne Beteiligung der Verbände durch die Landesregierung erstellt worden sei und diesbezüglich aufgrund der geltenden Friedenspflicht derzeit kein Streik möglich sei.

Die Vertreter der Verbände machten aber deutlich, dass sie weiter gemeinsam vorgehen wollen: Zunächst in der Diskussion mit der Landesregierung, zur Not aber auch mit öffentlichen Aktionen. Ein entsprechender Forderungskatalog der Gewerkschaften und Verbände liege vor.

Torsten Friebe, LVBS

LVBS

Frühlingsfest 2018 – Chemnitz entdecken

Am 5. Mai 2018 fand das traditionelle Frühlingsfest des Berufsschullehrerverbandes Sachsen (LVBS) statt, organisiert vom Regionalverband Chemnitz unter der Federführung von Dr. Sabine Calov und Frank Oertel.

Treffpunkt war der Hauptbahnhof Chemnitz, von dem es in zwei Gruppen die Stadt zu entdecken galt. Erster Anlaufpunkt war das Projekt „Chemnitzer Modell“, das den Bahnverkehr thematisiert. Daran nahmen 36 Interessenten aller Altersklassen teil. Geführt wurden sie von zwei kompetenten Bahn-Insidern des Verkehrsverbundes Mittelsachsen und der Chemnitzer Verkehrs-AG. Eine ganze Reihe von Fachfragen konnten zufriedenstellend den Berufsschullehrern und ihren Angehörigen beantwortet werden. Die Ringbus-Linie beförderte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend zur

Gaststätte Miramar am Schlossteich.

Für die zweite Gruppe, die 14 Teilnehmende umfasste, reichte ein Tag nicht aus, um das Staatliche Museum für Archäologie Chemnitz in Gänze zu ergreifen. Die Reise in die Vergangenheit motivierte aber für weitere Besuche in dem mehrstöckigen Gebäude. Im Anschluss ging es zu Fuß vorbei am „Nischel“, dem über 13 Meter hohen Karl-Marx-Monument, ebenfalls zur Gaststätte Miramar am Schlossteich.

Dort diskutierten beide Gruppen gemeinsam die aktuelle

politische Situation, insbesondere das Handlungsprogramm der Staatsregierung zur Lehrkräftegewinnung und dessen Folgen. Den Nachmittag konnten die Teilnehmenden dann

individuell gestalten. Im kommenden Jahr wird der Regionalverband Leipzig den Staffelstab übernehmen und das Frühlingsfest organisieren. ■

> BDZ

Firmenlauf: BV Sachsen vorne mit dabei!

Wie bereits in den Jahren zuvor nahm der Bezirksverband Sachsen der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) auch 2018 am 10. REWE Team Challenge (mit 20 000 Teilnehmern Ostdeutschlands größter Firmenlauf) in Dresden teil.

Trotz einiger Ausfälle konnten wieder vier Mixed-Teams gemeldet werden. Mit den Plätzen 8 (Team 1), 463 (Team 2), 1 278 (Team 3) und 1 833 (Team 4) von 2 632 Mixed-Teams konnten die BDZler bei tollem Laufwetter an die tollen Ergebnisse der letzten Jahre anknüpfen. Die Verantwortlichen dankten allen Mitstreitern und der BBBank als Sponsor. Auch 2019 wird der BDZ-Bezirksverband Sachsen wieder bei der REWE Team Challenge dabei sein.



Treffen mit dem Finanzminister

Dynamisierung der Jahressonderzahlung: Schröder gesprächsbereit

Finanzminister André Schröder ist hinsichtlich einer Dynamisierung der im vergangenen Jahr wieder eingeführten Jahressonderzahlung für Beamte gesprächsbereit. Das signalisierte Schröder am 7. Mai 2018 bei einem Treffen mit dem dbb sachsen-anhalt.

Zu Beginn des Gespräches zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende des dbb Landesbundes, Ulrich Stock, weitgehend zufrieden mit den im April mit großer Mehrheit im Landtag beschlossenen Dienstrechtsänderungen. Das umfangreiche Gesetzespaket war im November 2014 zum ersten Mal in den Landtag eingebracht und in der Folge intensiv diskutiert worden. „Anders als in der vergangenen Legislaturperiode haben die Koalitionäre jetzt geliefert“, sagte Stock. Besonders die Gespräche im Parlament hätten Bewegung bei schwierigen The-

men gebracht, beispielsweise bei der Anhebung der besonderen Altersgrenzen für Beamte in den Vollzugsdiensten und im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst.

» Dynamisierung der Jahressonderzahlung

Mit den Besoldungsanpassungen 2017 und 2018 und der Wiedereinführung der Jahressonderzahlung habe sich Sachsen-Anhalt im Besoldungsranking von Bund und Ländern verbessert. „Das erkennt der dbb an. Bei der Jahressonderzahlung gibt es in der Höhe

aber noch viel Luft nach oben“, so Stock weiter.

Weil die jährliche Sonderzahlung im Gegensatz zu Einmalzahlungen bei den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Berechnungsparametern einzubeziehen ist und sich damit auf den Besoldungsindex auswirkt, schlug Stock eine Dynamisierung der Jahressonderzahlung vor, woraufhin der Finanzminister sich gesprächsbereit zeigte.

Die Landesregierung hatte für die Wiedereinführung der Jahressonderzahlung Mehrkosten

in Höhe von zwölf Millionen Euro veranschlagt, die nach ersten Einschätzungen des dbb nicht in voller Höhe zur Auszahlung kamen. Eine Dynamisierung könnte daher aus diesen Minderausgaben finanziert werden.

» Besoldung: Keine zeitliche Verzögerungen

Einig waren sich dbb und Finanzminister darüber, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur verzögerten Ost-West-Angleichung 2008 und 2009 Auswirkungen auf die Übertragung künftiger Tarifiergebnisse auf die Beamten haben werde. Zeitliche Verzögerungen bei künftigen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen dürften endgültig der Vergangenheit angehören. Bei der inhaltlichen Übertragung der Tarifiergebnisse müsse außerdem das Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen stärker beachtet werden.

» Beförderungen: Keine Stellenobergrenzen

Stock kritisierte, dass sachgerechte Beförderungen immer noch durch leistungsfeindliche Stellenobergrenzen blockiert würden. „Die Stellenobergrenzenverordnung muss weg. Sie provoziert geradezu Neiddebatten. Was wir brauchen sind ausdifferenzierte Stellenpläne und angemessene Beförderungsbudgets“, machte der Vize des dbb Landesbundes deutlich.



» Dr. Karola Gagelmann, Geschäftsführerin des dbb sachsen-anhalt, Lisa Obenaus, Abteilungsleiterin für Beamten- und Personalvertretungsrecht im Finanzministerium, Finanzminister André Schröder sowie die stellvertretenden dbb Landesbundsvorsitzenden Ulrich Stock und Iris Herfurth (von links)

■ Novellierung PersVG

Neben der Verbesserung der Besoldung haben die Koalitionspartner bereits vereinbart, das Personalvertretungsgesetz (PersVG) moderner und flexib-

ler auszugestalten. Oberste inhaltliche Priorität bei der entsprechenden Novelle habe für den dbb neben dem Ausbau der Beteiligungsrechte und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Personalräte

vor allem die Wiedereinführung des Gruppenprinzips bei der Wahl des Vorstandes, erklärte Stock.

Die Ankündigung von Finanzminister Schröder, dass die

Landesregierung bisher nur plane, das Gruppenprinzip nur bei den Vorstandswahlen zu den Lehrpersonalräten wieder einzuführen, löste entsprechend Unverständnis in der dbb Delegation aus. ■

50 Anwärtinnen und Anwarter an der Hochschule Harz

Allgemeine Verwaltung: Ausbildung wieder im Vorbereitungsdienst

Die Befähigung für die Laufbahn des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, wird in Sachsen-Anhalt zukünftig wieder durch einen Vorbereitungsdienst erworben, nicht nur durch ein Studium.

Bisher wurde die Befähigung durch ein Bachelorstudium an der Hochschule Harz in Halberstadt in den Studiengängen „Öffentliche Verwaltung“ oder „Verwaltungsökonomie“ erworben. Nun wird das Studium

zur gezielten Nachwuchsförderung und zur Verbesserung der Ausbildungsqualität wieder in einen Vorbereitungsdienst mit einer Dauer von drei Jahren und sechs Monaten eingebettet. Am 1. September 2018

werden daher 50 Anwärtinnen und Anwarter im Beamtenverhältnis auf Widerruf an der Hochschule Harz ihr Studium antreten.

■ dbb sachsen-anhalt begrüßt Änderung

Der dbb sachsen-anhalt hat die Umstellung begrüßt. „Die Landesregierung hat offenbar erkannt, dass die Überführung des Fachbereiches Allgemeine Verwaltung der Verwaltungs-

fachhochschule in die Hochschule Harz im Jahr 1998 nicht nur Vorteile gebracht hat“, sagte der stellvertretende dbb Landesbundsvorsitzende Ulrich Stock. „Pluspunkte einer Ausbildung im Vorbereitungsdienst sind der unmittelbare Einfluss der Einstellungsbehörde auf die Auswahl der Auszubildenden und das Auswahlverfahren sowie die Verantwortung für die praxisnahen Ausbildungsabschnitte.“ ■

Deutsche Bahn

Mehr Angriffe auf Bahnmitarbeiter

Die Deutsche Bahn wird zu einem immer gefährlicheren Arbeitsplatz: Die Mitarbeiter werden häufiger Opfer von Gewaltdelikten.

„In den Zügen des Nahverkehrs ist verbale und körperliche Gewalt seit Jahren keine Seltenheit. Die Hemmschwelle von Bahnreisenden sinkt. Mitarbeiter werden mittlerweile schon bei Nichtigkeiten beleidigt, geschlagen und bespuckt“, sagte Reinhold Vieback, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) – Bezirk Mitteldeutschland mit Blick auf eine bundesweite Befragung seiner Gewerkschaft zum Thema „Sicherheit und belastende Ereignisse“. Über 80 Prozent der Befragten gaben an, schon einmal bei der Ausübung ihres

Berufs verbal beleidigt worden zu sein. Verbal bedroht wurden über 50 Prozent, angespuckt über 25 Prozent und über 24 Prozent schon einmal körperlich angegriffen. „Kolleginnen und Kollegen, vor allem im Zugbegleitdienst, haben Bedenken, ihren Dienst allein auszuüben, gerade in der Nacht“, so Vieback.

Schon bereits bei harmlosen Nachfragen würden Bahnreisende ausrasten. Zuletzt hatte ein Angriff auf einen Bahnmitarbeiter in einer Regionalbahn bei Magdeburg für Aufsehen

gesorgt: Hier hatte ein Mann einen Zugbegleiter krankenhaushausreif geschlagen, als der seinen Fahrschein kontrollieren wollte. Im September 2017 biss ein Mann einer Bahnmitarbeiterin in die Hand.

Die GDL fordere daher eine verstärkte Besetzung mit Zugbegleitern und Sicherheitspersonal. Werde hier am Personal gespart, fühlten sich auch die Fahrgäste nicht sicher. „Generell darf es nicht den Mitarbeitern überlassen bleiben, für Schutz und Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen. Hier ist

der Arbeitgeber gefordert, seine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten konsequent wahrzunehmen“, sagt Vieback. Doch daran hapere es allzu oft. Deeskalationsschulungen würden zwar angekündigt, aber nicht durchgeführt. Bei vielen nicht bundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) sei es an der Tagesordnung, entsprechende Richtlinien zu umgehen.

■ Nicht mal Rauchverbot wird durchgesetzt

Ein weiterer gravierender Missstand bestehe auch darin, dass Verkehrsverbünde Beförderungsbedingungen aufstellen, ohne deren Umsetzung zu

gewährleisten. So werde festgelegt, dass Personen, die Gefahr für die Sicherheit und Ordnung des Betriebes oder der Fahrgäste darstellen, von der Beförderung ausgeschlossen werden. Dazu zählen Menschen, die alkoholisiert sind oder unter dem Einfluss von anderen berauschenden Mitteln stehen, ansteckende Krankheiten haben oder Schusswaffen mitführen, ohne

einen Waffenschein zu besitzen. Doch tatsächlich werden nicht einmal einfachste Verbote, wie zum Beispiel das Rauchverbot, konsequent verfolgt. „Wer Regeln aufstellt, muss auch für deren Umsetzung sorgen“, forderte Vieback.

Um das Personal besser zu schützen, müssten deutlich mehr Investitionen in die Konzepte zur Prävention und Nach-

sorge durch den Arbeitgeber erfolgen. Die GDL fordere unter anderem die Doppelbesetzung durch Zugbegleiter in den Abendstunden und bei bekannten Problemzügen beziehungsweise Strecken. Außerdem verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal, gegebenenfalls auch Bundespolizei sowie Videoüberwachung in allen Zügen. Ferner sollten die Eisenbahnverkehrsunterneh-

men alles tun, um den Mitarbeitern des Zugpersonals bei der Durchsetzung des Hausrechts den Rücken zu stärken. Dazu gehörten auch öffentliche Bekenntnisse zu den Beschäftigten und die Forderung nach deutlichen Konsequenzen für die Täter. Vieback: „Jeder Vorfall, sei er noch so klein, sollte gemeldet werden und durch den Arbeitgeber verfolgt werden.“

Deutsche Steuer-Gewerkschaft:

Finanzminister Schröder zu Gast beim Landeshauptvorstand

Im April 2018 hat die Landeshauptvorstandssitzung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) in Magdeburg stattgefunden. Als Gäste konnte Iris Herfurth, Landesvorsitzende der DSTG, Finanzminister André Schröder und dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck begrüßen.

Thema waren aktuelle Problemen der Finanzverwaltung, wie die personelle und technische Ausstattung, die Einführung von Telearbeitsplätzen, die Steigerung der Attraktivität für Anwärter sowie Beförderungen.

Außerdem stand das im April 2018 im Landtag beschlossene Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften im Fokus der Diskussion. „Mit dem Artikelgesetz setzt die Landesregierung zwei langjährige Kernforderungen des Beamtenbundes und seiner Mitgliedsorganisationen um: Das 2005 gestrichene Weihnachtsgeld wird wieder eingeführt und das Tarifergebnis inhaltlich und zeitgleich auf die Beamten übertragen“, sagte Herfurth.

■ **„Im Besoldungsvergleich gutes Mittelfeld“**

Finanzminister Schröder sprach von einer der größten Reformen zur Änderung dienstrecht-

licher Vorschriften. „Mit diesem Gesetzentwurf haben wir es geschafft, dass wir im Besoldungsvergleich der Länder in allen Besoldungsgruppen im guten Mittelfeld landen. Das ist für ein Konsolidierungsland wie Sachsen-Anhalt eine gute Nachricht“, betonte Schröder.

Der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck betonte allerdings: „Bei der Anhebung der Regelaltersgrenze hätten wir uns mehr Mut zur Flexibilisierung gewünscht.“ Die Anhebung der Regelaltersgrenze für Beamten und Beamte beginne entgegen des Gesetzentwurfs der Landesregierung nicht bereits mit dem Geburtsjahrgang 1953, sondern erst mit dem Jahrgang 1954; beziehungsweise die besondere Altersgrenze nicht mit dem Jahrgang 1958, sondern erst mit dem Jahrgang 1959.

Ferner werde mit dem Gesetz die im Koalitionsvertrag für die



> Teilnehmer der Landeshauptvorstandssitzung mit Finanzminister André Schröder (Bildmitte).

Jahre 2016 bis 2021 enthaltene Vereinbarung der Koalitionspartner umgesetzt, die Lebensarbeitszeit der Beamten grundsätzlich auf 67 Jahre anzuheben. Außerdem würden die bislang in unterschiedli-

chen Regelwerken enthaltenen beamtenversorgungsrechtlichen Bestimmungen des Landes zu einem Landesbeamtenversorgungsgesetz zusammengefasst und inhaltlich aktualisiert.

© DSTG Sachsen-Anhalt

Änderungen seien etwa auch im Disziplingesetz, im Besoldungsrecht und in diversen Verordnungen vorgenommen worden.

■ **DSTG: Mittel für Beförderungskonzept 2018 gerecht verteilen**

Die DSTG forderte mit Blick auf das Beförderungskonzept 2018

eine gerechtere Verteilung der Mittel. „Die Bediensteten der Finanzverwaltung befinden sich seit Jahren in einer vergleichbaren Situation wie andere Schwerpunktbereiche des öffentlichen Dienstes: Der Sparkurs der Landesregierung, vor allem der Jahre 2002 bis 2006, hat bis heute zu einem erheblichen Beförderungsstau in allen Besoldungsgruppen

geführt“, so die Landesvorsitzende Herfurth. Erschwerend kommen die stetig steigenden und teilweise verdreifachten Beförderungspauschalen hinzu. Eine erneut gleiche Verteilung der Beförderungsmittel wie im Jahr 2017 werde die Wechselwirkung von höheren Beförderungspauschalen und gleich bleibendem Gesamtbudget nicht beseitigen. Mit

Blick zum Finanzminister sagte Herfurth: „Nur mit einer gut funktionierenden Einnahmenverwaltung werden die Grundlagen für alle Ausgabenresorts geschaffen.“ Schröder sagte daraufhin zu, sich auch künftig für die Verjüngung des Personalbestandes durch Neueinstellungen und für Beförderungen in der Finanzverwaltung einzusetzen. ■

Weniger sogenannte Leistungskurse

Abitur in Sachsen-Anhalt wird leichter

Das Abitur in Sachsen-Anhalt steht vor dem zweiten großen Umbau innerhalb von zwei Jahren. Neben Bayern und Baden-Württemberg gilt das Abitur in Sachsen-Anhalt bisher bundesweit als eines der schwierigsten. Doch das soll sich bis Sommer 2019 ändern.

Sachsen-Anhalt muss bis dahin die Oberstufenverordnung anpassen. Sie legt die Spielregeln fest, mit denen Schüler zum Abitur kommen. Denn laut einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Oberstufe vom Februar 2018 soll es künftig „bundeseinheitlich“ zwei bis vier Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau geben. Von denen werden wiederum zwei auch auf diesem Niveau, quasi als Leistungskurse, geprüft werden. Damit soll das Abitur in Deutschland wieder vergleichbarer werden, so der Wunsch der KMK. Mehr Vergleichbarkeit der Abiturnoten zwischen den Ländern schreibt auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Numerus clausus vom Dezember letzten Jahres vor.

■ **KMK will mehr Vergleichbarkeit**

Sachsen-Anhalt fordert derzeit allerdings sechs vierstündige Kurse auf erhöhtem Niveau, von denen zwei schriftlich geprüft werden. Das Abitur zählt damit bundesweit immer noch

zu dem mit den strengsten Anforderungen. Nun muss das Land die Oberstufenverordnung anpassen. Wie die künftigen Regeln aussehen werden, hat Bildungsminister Marco Tullner (CDU) noch nicht entschieden, begrüßte aber den Beschluss: „Das Bemühen der Länder, beim Abitur mehr Vergleichbarkeit zu erreichen, unterstütze ich“, sagte Tullner gegenüber der „Volksstimme“ Magdeburg.

Thomas Gaube, Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt (PhVSA), sieht das Vorhaben kritisch: „Das ist der falsche Weg. Gegenwärtig ist ein Trend zu abnehmender Leistungsbereitschaft in der gesamten Bildung zu beobachten. Das fängt in den Grundschulen an und setzt sich bis zur Hochschule fort.“

■ **„Mittelmaß auf kleinstem Nenner hilft nicht“**

Bei der Oberstufenverordnung von Sachsen-Anhalt, die die Grundlage für das Abitur bildet,



► Thomas Gaube, Vorsitzender des Philologenverbandes (PhVSA) Sachsen-Anhalt, ist für die Wiedereinführung der Schullaufbahnpflicht.

wurden die Zügel bereits 2016 gelockert. Bis dahin mussten Schüler etwa alle Halbjahresnoten der 11. und 12. Klasse in das Abitur einbringen. Heute können sie einige schlechte Noten rauslassen. Das heißt: Abiturienten können seitdem bis zu acht Noten aus den vier vorherigen Halbjahren streichen. Diese werden zwar auf dem Abiturzeugnis angezeigt, aber haben keine Auswirkung auf den Notendurchschnitt. Tatsächlich verbesserten sich die Abi-Noten nach dieser Reform deutlich. 2017 lag der Schnitt bei 2,30 – so hoch wie seit 2002 nicht mehr.

Doch laut Gaube ist das unvernünftig. Er kritisiert sinkende schulische Anforderungen im deutschen Bildungssystem: „Weniger Sitzenbleiber, mehr Abiturienten, mehr gute Abiturnoten, weniger Schulabbrecher – das ist scheinbar für Po-

litiker in der Vergangenheit der einfachste Weg gewesen, um bei den Menschen die Zufriedenheit mit dem Bildungssystem herzustellen.“ Der PhVSA fordert von der Politik aber hingegen mehr Mut, an den Gymnasien höhere Leistungen einzufordern. „Es geht um ein hohes Maß an Allgemeinbildung und Studierfähigkeit, um unseren Jugendlichen solides Rüstzeug für eine künftige akademische Ausbildung mitzugeben. Mittelmaß auf bundeseinheitlich kleinstem Nenner hilft unseren jungen Menschen letztendlich nicht wirklich.“

Der Philologenverbands-Chef geht sogar noch weiter. Gaube: „Ich bin für die Wiedereinführung der verbindlichen Schullaufbahnpflicht.“ Leider herrsche oft noch immer der Irrglaube, ein schlechtes Abi sei besser als ein guter Sekundarschulabschluss. ■

tbb Landesleitung

Gespräch mit Ministerpräsident Bodo Ramelow

Am 28. Mai 2018 fand turnusgemäß das Gespräch der tbb Landesleitung des tbb mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Bodo Ramelow, statt. Seitens des tbb nahm die Landesleitung vollständig teil, der Ministerpräsident wurde vom Chef der Staatskanzlei, Benjamin-Immanuel Hoff, begleitet.

Der tbb bemängelte erneut die geplante Abschaffung der technischen Laufbahnausbildung in Thüringen. Aufgrund des Fachkräftemangels in den technischen und naturwissenschaftlichen Fachverwaltungen ist vorgesehen, die entsprechende Laufbahnausbildung durch eine nebenberufliche Ausbildung im Angestelltenstatus zu ersetzen.

Der tbb hat jedoch begründete Zweifel, dass dadurch positive Entwicklungen bewirkt werden. Vielmehr ist der dbb Landesbund der Auffassung, dass dadurch Nachteile eintreten werden, da der Vorbereitungsdienst aufgrund der kompakten und fachübergreifenden Vermittlung das geeignetste Mittel darstellt, um das für die Laufbahnbefähigung erforder-

liche Wissen zu erlangen. Außerdem entziehe sich der Freistaat mit der Abschaffung seiner Pflicht zur Ausbildung.

„Hamburger Modell“

Eine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Landesregierung und tbb besteht auch im Zusammenhang mit der Initiative Hamburgs auf Bundesebene. Diese sieht vor, eine Möglichkeit für Beamte zu schaffen, der gesetzlichen Krankenversicherung beizutreten und einen Arbeitgeberzuschuss zum Beitrag zu erhalten. Dies wird, unter anderem vom dbb auf Bundesebene, als Versuch gewertet, eine Zwangseinheitsversicherung „durch die Hintertür“ einzuführen. Während der tbb

nachdrücklich für den Erhalt des bestehenden Systems eintritt, bleibt die Schaffung einer Bürgerversicherung erklärtes Ziel der Thüringer Landesregierung.

Hier ist eine Annäherung der Standpunkte laut tbb nicht zu erwarten: Trotz einer detaillierten und lebendigen Diskussion müsse als Fazit festgehalten werden, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem tbb und der Landesregierung nicht ausgeräumt werden konnten.

Mitbestimmung

Ministerpräsident Ramelow entschuldigte sich für unzureichende Informationen bei der Gewerkschaftsbeteiligung in

der aktuellen Phase der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Er sicherte zu, die festgestellten Mängel abzustellen. Zum Beispiel müsse die Festlegung des Kabinetts, ab sofort keine einheitlichen Beförderungstermine und keine Beförderungsquoten mehr vorgeben, genauer als in der Presse mitgeteilt werden. Zur Ausgestaltung der Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes sagte der Ministerpräsident, dass die Diskussionen auf Regierungsebene beziehungsweise von Gewerkschaften und Personalräten mit der Landesregierung abgeschlossen wurden. Nunmehr sei die Fortsetzung der Debatte um Detailfragen mit den Landtagsabgeordneten zu führen.

Helmut Liebermann



> Landesleitung des tbb mit Bodo Ramelow (Bildmitte)

© tbb

Deutscher Gerichtsvollzieherverband – Landesverband Thüringen

Frühjahrstagung in Rudolstadt

Unter dem Motto „Sicherheit zum Anfassen“ haben sich am 4. Mai 2018 die Mitglieder des Deutschen Gerichtsvollzieherverbandes – Landesverband Thüringen (DGVB Th) in Rudolstadt zur jährlichen Frühjahrstagung getroffen.

Den Mitgliedern wurde durch die stellvertretende Vorsitzende Doreen Donner eine stich- und schusssichere Weste der Kategorie 1 vorgestellt. Ein schnelles und unkompliziertes „Umbauen“ von Unter- zu Überziehweste (und zurück) wurde vorgeführt und zeigte damit die praktischen Einsatzmöglichkeiten. Einige Kollegen nutzten die Gelegenheit auch gleich zur Anprobe. Die Beschaffung dieser Westen zum Einsatz für Gerichtsvollzieher durch den Freistaat ist eine Forderung des DGVB-Landesverbandes Thüringen an den Dienstherrn, um seiner Fürsorgepflicht umfänglicher nachzukommen.

Dem Motto „Sicherheit zum Anfassen“ getreu, ging es außerdem speziell um die Sicherheit für die Gerichtsvollzieher bei der praktischen Ausübung ihrer Tätigkeit – und dabei unter anderem um die Möglichkeit, landesrechtliche Regelungen in Anlehnung an den

§ 42 a Sächsisches Justizgesetz zu erweitern. Dieser ermächtigt sächsische Gerichtsvollzieher „... zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben bei Vollstreckungsmaßnahmen, die zu einem schwerwiegenden Eingriff bei dem Schuldner führen, vor deren Durchführung bei der für den Wohnort des Schuldners zuständigen Polizeidienststelle anfragen, ob personengebundene Hinweise über eine Gefährlichkeit oder Gewaltbereitschaft des Schuldners vorliegen.“

Weitere Themen waren die Datenschutzgrundverordnung, die zum 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist sowie der Blick in die Zukunft durch sogenanntes „cloud-Arbeiten“. Bei letzterem handelt es sich um einen Arbeitsplatz, bei dem alle Programme und Daten auf einem dezentralen Server gespeichert sind. Abgerundet wurde die Tagung durch den gelungenen Fachvortrag durch Marlehn



Lübbert von der Uni-Klinik Jena zum Thema „Stressbewältigung am digitalen Arbeitsplatz“.

Alle Themen wurden allseits interessiert und konstruktiv

besprochen, sodass der Vorstand gestärkt und mit neuen Ideen und Aufgaben ein positives Fazit aus der Frühjahrstagung 2018 ziehen konnte.

Christian Schneider

Seminar der tbb Frauenvertretung

Gesundheit – unser wertvollstes Gut

Traditionell lädt die Frauenvertretung des dbb im Frühjahr zu einem Seminar. 2018 fand es am 20. und 21. April in Heilbad Heiligenstadt mit dem Thema „Gesundheitsprävention, gesunde Lebensweise – wie tue ich mir etwas Gutes“ unter der Leitung von Dozentin Theresa Kolarzik statt.

Im ersten Teil der Veranstaltung berichteten die Frauen von der Arbeit in den Mit-

gliedsverbänden und tauschten Arbeitserfahrungen aus. „Beim Seminar herrschte von

Beginn an eine lockere Atmosphäre, die es der Seminarleiterin und den Teilnehmerinnen

leicht machte, persönliche Erfahrungen, Erlebnisse und Meinungen einfließen zu lassen“, sagte Christiane Scheler, Vorsitzende der tbb Frauenvertretung.

So sei es den Teilnehmerinnen auch nicht schwergefallen, die Gesundheit als einen beein-

flussbaren Prozess zu begreifen und Strategien zu gesundheitsbeeinflussenden Faktoren zu entwickeln, um auch langfristig eine positive Veränderung der Lebensgewohnheiten zu erreichen. Besonders intensiv seien Probleme diskutiert worden, die mit dem Klima am Arbeitsplatz, mit dem Führungsverhalten der Dienstvorsetzten, dem Verhältnis zu den Mitarbeitern und dem Zeitmanagement in Zusammenhang stehen. Aber auch die persönliche Motivation stellte sich als wichtig heraus, den Anforderungen im Arbeitsalltag gerecht zu werden und die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit zu erreichen.

Hilfreiche Tipps gab Kolarzik zur psychischen Entlastung während des Arbeitstages: Übungen zur Progressiven Muskelentspannung beziehungsweise zum Autogenen Training probierten alle Frauen gleich mal aus.

Auch die Alltagsgestaltung nach der Ivy-Lee-Methode wurde thematisiert. Diese besagt, dass man sich für jeden

Tag nicht mehr als sechs Dinge vornehmen sollte, die unbedingt erledigt werden müssen. Der Umgang und die Abwehr von „Zeitfressern“ zeigte den Frauen, sich selbst davor zu schützen und dagegen anzugehen.

► **Aufbau eines Gesundheitsmanagements**

Der Arbeitsschutz in Zusammenhang mit psychischer Belastung war das zentrale Thema am zweiten Veranstaltungstag. Dozentin Kolarzik erklärte den Aufbau eines funktionierenden Gesundheitsmanagements (GM) in Dienststellen und Behörden. Sie machte deutlich, dass diese Aufgabe jedem Dienstherrn obliegt und nur mit ihm gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden kann.

„Es stellte sich heraus, dass in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes viele unterschiedliche Erfahrungen zu dieser Thematik vorhanden sind“, so Scheler. „Es gibt sehr positive Beispiele, wo ein funktionierendes GM vorhanden ist, von dem alle Mitarbeiter



profitieren können. In anderen Einrichtungen ist eine Vereinbarung zum GM auf dem Papier vorhanden, aber weder zeitlich noch personell und finanziell untersetzt.“ Offensichtlich gebe es hier noch erhebliche Potenziale für die Dienstherrn und zuständigen Ministerien, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen und die Gesundheit der Mitarbeiter zu schützen, zu stärken oder wiederzuerlangen.

„Die Frauenvertreterinnen der Mitgliedsgewerkschaften konnten durch dieses Seminar

viele nützliche Tipps und Anregungen für ihre weitere Tätigkeit in ihren Verbänden erlangen und erhielten sicher die notwendige Motivation, sowohl persönlich als auch im dienstlichen und gewerkschaftlichen Bereich die Gesundheit zu schützen, zu stärken und aktiv zu fördern“, so die Vorsitzende der tbb Frauenvertretung. „Dabei sollten sie nicht alleinstehen, sondern sich Verbündete im Kollegium und auf der Leitungsebene suchen. Wir wünschen allen Frauen dabei viel Ausdauer, Hartnäckigkeit und Erfolg!“



► Die Frauenvertretung der komba gewerkschaft Thüringen hat auf ihrer Versammlung am 4. April 2018 einen Vorstand gewählt: Erika Loepke, Cornelia Leischner und Ulrike Decker. Ihr Ziel sei unter anderem, so die neuen Vorstandsmitglieder, die eigene Arbeit mit den Frauen der Kreisverbände zu vernetzen. Die Frauenvertretung repräsentiert 70 Prozent der komba-Mitglieder in Thüringen.

Verwaltungsreform

Verhandlungen fortgesetzt

Die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur Begleitung der Verwaltungsreform in Thüringen wurden am 18. Mai 2018 fortgesetzt. Der dbb hat seine Forderung nach einer nachhaltigen und personalverträglichen Umsetzung der Reform bekräftigt.

Erste Eckpunkte des neuen Tarifvertrags wurden bereits vereinbart: So wird es etwa keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Änderungskündigungen sollen nach dem Willen des dbb auf absolut unvermeidbare Fälle beschränkt werden, wenn keine einvernehmliche Regelung zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber zustande kommt. Zu

diesem Punkt hat die Landesregierung ihrerseits Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Ein weiteres Ziel des dbb ist es, einen möglichst breiten Geltungsbereich für den Tarifvertrag zu vereinbaren, der auch künftige Reformvorhaben erfasst. „Unser Ziel ist es, Nachteile aufseiten der Beschäftigten zu vermeiden“, so

Verhandlungsführer Sebastian Wiegandt vom dbb. „Wir sind zuversichtlich, dass wir mit der Landesregierung hier einen für alle Seiten tragbaren Kompromiss finden werden.“ Viele Fragen seien allerdings noch ungeklärt und sollen im Folgetermin im Juli abgearbeitet werden. „Bis zur Einigung liegt noch ein gutes Stück Arbeit vor uns“, so Wiegandt.

Hintergrund: In Thüringen steht mittlerweile fest, dass es nur noch eine Verwaltungsreform innerhalb der Landesbehörden geben wird. Dies kann für manche Beschäftigte geringe bis gar keine Auswirkungen haben. Unter Umständen ändert sich nur die Zuordnung zu einem Ministerium. Für andere könnten die Änderungen ganz erheblich sein und bis zum Wegfall des Arbeitsplatzes gehen. Deswegen ist der dbb im Gespräch mit dem Freistaat. Ziel ist es, Nachteile zu vermeiden und den Übergang so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. ■

GdV-Ortsverband Suhl

Initiative für einen guten Zweck

In bewährter Weise und nunmehr bereits zum vierten Mal hat der Ortsverband Suhl der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) einen Spendenbasar organisiert.

Die erste Idee zum Spendenbasar entstand bereits 2010. Gesammelt wird, was zu Hause entbehrlich ist – von modern über antik bis nostalgisch. So kamen sehr viele interessante und lustige Sachen zusammen, die gesichtet und nach Themen sortiert über drei Tage hinweg präsentiert wurden. Umrahmt wurde der Verkauf von einem leckeren, täglich wechselnden Kuchenbüfett, das sowohl von GdV-Mitgliedern als auch Nichtmitgliedern bestückt wurde.

So konnte in diesem Jahr die stolze Summe von 620 Euro eingenommen werden. Diese ging zu gleichen Teilen an den Förderkreis „Hilfe für behinderte Kinder und Jugendliche Südthüringen“ sowie an „Freies

Wort hilft e.V.“. Letztere ist eine Initiative einer Tageszeitung, die mit dem gespendeten Geld unverschuldet in Not geratenen Familien hilft und deren Schicksal allen Lesern nahebringt.

Die Freude dort war groß. Denn wie überall reichen die staatlichen Mittel nicht aus, um alle notwendigen Hilfen umsetzen zu können. Wir haben die Aktion mit dem Gefühl beendet, den Schwächsten unserer Gesellschaft ein klein wenig geholfen zu haben.

Susanne
Zemitzsch



© GdV Suhl (3)



MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt

Was Sie davon haben:

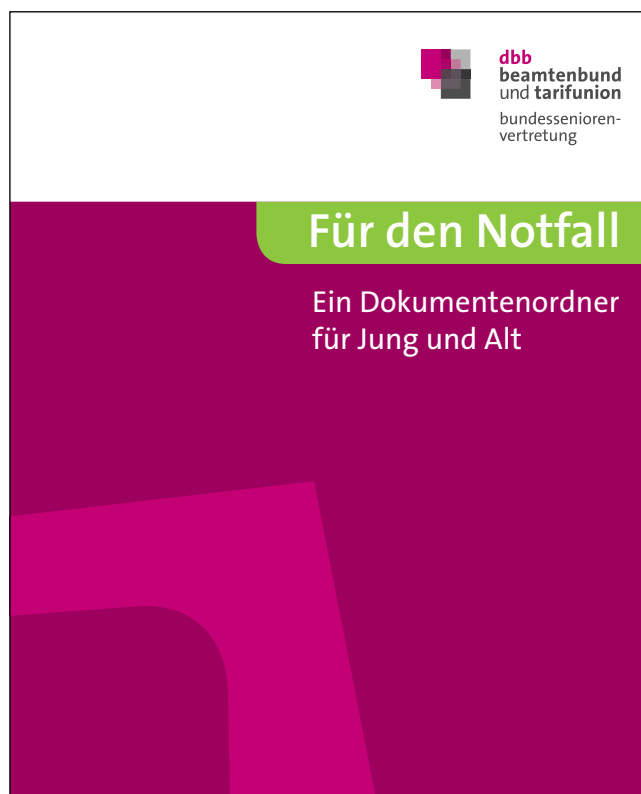
Die dbb bundesseniorenvertretung hat beschlossen, diesen Dokumentenordner herauszugeben, damit ihre Mitglieder und deren Angehörige für den Notfall gewappnet sind. Die Mappe erleichtert es, wichtige Unterlagen und Informationen zusammenzustellen und zu ordnen.

Der Ordner enthält u. a. Vorlagen zu folgenden Themen:

- Vorsorgedokumente/Vertrauenspersonen
- laufende Verpflichtungen
- Versicherungen
- Verträge etc.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit untenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über unseren Onlineshop mit.



€ 7,90* je Ordner

ISBN: 978-3-87863-215-3

* inkl. MwSt. und Versandkosten

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- ☐ — Exemplar/e „Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt“ (€ 7,90 je Ordner inkl. MwSt. und Versand)
- ☐ Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 0 30/726 19 17-23, Fax: 0 30/726 19 17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Werbeeinwilligung: ☐ Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die dbb verlag gmbh über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 0 30/7 26 19 17-49 oder telefonisch unter 0 30/7 26 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden Ihre Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung Ihrer Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift

dbb verlag gmbh

Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-23

Telefax: 0 30/7 26 19 17-49

E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Internet: www.dbbverlag.de

Onlineshop: shop.dbbverlag.de